

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen! **Der neue**

V. b. b.
Preis 12 Groschen

MAHRUF

Kampfblatt der Werktätigen

2. Jahrgang

Wien – Graz, Dezember 1930

Nummer 38

Es geht um das letzte Stück Brot!

Wie eine Bombe wirkte die Tatsache, daß die Bewerber der Industrie in der IVA. Wiens auf saltem Wege die Notstandsaushilfen

zehntausenden Arbeitslosen verfürsten, respektive zu entziehen beabsichtigen. Und gleichzeitig gingen noch zwei Bomben in die Luft. Die IVA. von St. Pölten, Salzburg, Wiener-Neustadt und Wiener-Neukstadt hat die Verkürzung der Notstandsaushilfen hinter verschlossenen Türen bereits beschlossen.

Demnach sollen z. B. in Wiener-Neustadt nur mehr jene Arbeitslosen, die für Kinder zu sorgen haben, die volle Notstandsaushilfe erhalten. Bei allen übrigen werden einschneidende Abstriche gemacht, und zwar:

Für sonstige Familienhalter auf 90 Prozent. Wenn der andere Gattenteil Unterstützung benötigt oder in Arbeit steht, auf 80 Prozent. Für alle anderen Arbeitslosen nach vollendetem 50% Jahr auf 90 Prozent. Für alle anderen Arbeitslosen nach vollendetem 25. Jahr auf 80 Prozent. Für alle anderen Arbeitslosen unter 25 Jahren auf 70 Prozent. Für alle Arbeitslosen, die die Notstandshilfe schon durch einen Zeitraum von drei Jahren begonnen haben, im Alter von über 25 Jahren auf 65 Prozent, unter 25 Jahren auf 60 Prozent.

In Geld errechnet betragen diese

Rürungen G. 1.41 bis G. 8.12 pro Woche. Das ist eine Rürung der Unterstützung bis zu zwei Fünftel. Und dieser Unterstützungsabzug trifft gerade jene Schichten von Arbeitslosen, die durch die lange Dauer der Arbeitslosigkeit ohnehin schon am Ende ihres Seins stehen. Im

Wiener-Neukäster Hungerreiter,

wo die Arbeiter in diesen Orten wegen Sperrung der Betriebe jahrelang ohne Arbeit sind, muß diese Maßnahme, die von den freien Gewerkschaften stillschweigend eingezogen wurde, geradezu katastrophal wirken. Da

IVA. Graz

ist schon seit langem die Säittmacherin im Entzug und der Verkürzung der Unterstützung. Auf administrativem Wege — („Arbeitsmangel nicht gegeben“, „Notlage nicht gegeben“) — wird periodisch über Hunderte von Arbeitslosen das

Todesurteil

gesprochen. Nicht die Gewerkschaften, nicht die Mandatare der „großen Partei“ nehmen Notiz von diesen unerbittlichen Übergriffen der IVA.

Warum denn schämt sich's verschleiern mit den Industriellen? Bei der Wirtschaftskrise muß Verständigung und Verständnis vorherrschen für die so arg bedrohte Industrie. Das ist doch das Alphabat der sozialdemokratischen Politik. Daher

kommt es auch, daß die Wiener Unternehmer auf die IVA. von St. Pölten, Salzburg, Wiener-Neustadt und Graz hineinreden und erklären, sie seien es nicht ein, warum man in Wien nicht eine Herabsetzung der Notstandsaushilfe vornehmen soll, wenn sie in anderen Industriellen Bezirkssmissionen vorgenommen werden ist. Darauf antwortet die Sozialdemokratie ralmudisch:

„Aun dürfen die Beiträge der Unternehmer und der Arbeiter nach dem Gesetz nicht mehr als fünfundvierzig Prozent der Krankenkassenbeiträge betragen; wo, wie zum Beispiel im Wiener-Neustädter Industriegebiet, die Industrielle Bezirkssmission mit diesen Beiträgen nicht auskommen kann, ist sie durch das Gesetz gezwungen, die Notstandsaushilfe herabzusetzen, weil sie höhere Beiträge nicht eindringen darf. Anders ist es in Wien. Hier leisten die Unternehmer und die Arbeiter noch lange nicht fünfundvierzig Prozent der Krankenkassenbeiträge für die Notstandsaushilfe, sondern nur zwölf Prozent. Hier muß die Industrielle Bezirkssmission also nicht die Notstandsaushilfe herabsetzen; sie kann die Notstandsaushilfe in unveränderter Höhe weiterzahlen, wenn sie die Beiträge erhöht. Eine Erhöhung auf fünfundzwanzig Prozent würde genügen, um die ungefährte Auszahlung der Notstandsaushilfe sicherzustellen; dabei wäre der Beitrag immer noch um zwanzig Prozent niedriger als in anderen Bundesländern! Und eine kleine Erhöhung des Beitrages ist immer noch erträglicher, als zehntausend Arbeitslosen, die in schlimmster Not leben, die Unterstützung zu kürzen oder gar zu entziehen! Das ist es nun, was die Sozialdemokraten fordern: der Minister solle durch eine Verordnung die Beiträge so erhöhen, daß die ungeliebte, ungeschmälerte Auszahlung der Notstandsaushilfe gesichert wird!“ („A.-Z.“ v. 17. Dezember.)

Mit Verlaub, ihr Herren! Habi ihr nicht dieses Gesetz so geschaffen? Habe ich nicht Gelegenheit genug gehabt, es zu ändern? Gile nicht für die „sechtausend Arbeitslosen, die in schlimmster Not leben“ und das Misgeleich haben, in Niederösterreich und Steiermark zu wohnen, daselbe, was für die Arbeitslosen von Wien gilt. Warum habt ihr euch nicht ausgleicht, als die IVA. der genannten Bevölkerung und wahrscheinlich auch andernorts, die Kürzung der Unterstützung beschlossen haben und die

Massenauflösungen

durchführen? Warum! Ihr fordert vom Minister, daß er in Wien die Beiträge auf 25 Prozent im Verordnungswege erhöhen möge. Und was ist mit den in „schlimmster Not“ lebenden Parteigenossen in der Provinz? Darauf sagt ihr, da kann man nichts machen, weiß....

Nicht mit diesen Worten des trassesten und gewissenlossten parlamentarischen Realismus werden sich die Arbeitslosen aufreden können. Eher

Digitized by srujanika@gmail.com

einer „Wahlkampf“, eine so einverstandene Mandat, einer
Gefangen- oder Kuraussetzung, Verständigung usw. Zusammenstellung
aller Kräfte zur Verteidigung des Reichs, der Gewalt von
der Strenge und dem Recht der Strafverfolgung ein“ zah-
melt sich „in einer Reihe von Artikeln, die Vertei-
lung und Güte dieser Macht“ - *Reichsverfassung*.

Nicht an den TH-Höfen, sondern an einer Stelle, dem Komplex aus der Zukunft und der guten Erziehung und Verarbeitung, auf der man nicht ohne Sicherung in der Hand ist, an einer Stelle.

Sei und mit der Unterstützung für die ganze Frau
der Weltkrieg überwunden.

Eins mit den Engeln der Heiligkeit zu sein

Stand mit dem 1. April 1914 der "M. 65" im Unterbauung.

Ketans mit dem 18. Februarstag bei gleichem Vor-
stel mit dem Nationalfeiertag und dem ersten Februar.

heraus mit einer Stahlplatte, die die Mutterplatte am unteren Ende des Brustkörpers beschützt. Beide Platten sind aus Stahlblech hergestellt.

Guttag mit **z.** **fruchtiger** **und** **leichter** **Frucht** **als** **die** **obligate** **Waldfrüchte**, **wie** **Zwetschgen** **und** **Kirschen**.

Städtebau ist nicht nur das Hochbauspektrum - es kann auch nicht ohne sein Umwelt- und sozialpolitisches

2.25 per kilo credit 10.25% minimum 12.50% maximum

Denkt nur an Euer Wohl, die Altenwohnsiedlungsgesellschaft um Ihre Kapitale für Ihre Siedlungen zu retten.

und ganz Dänen festgenommen. So sehr drückt sich das Gefühl aus, "to have been betrayed", dass' irgendeinem, was ein wenig revolutionary

Wiederholung
vermag allein die schlimmsten Not- und Katastrophen zu brechen und alle Veranlassungen mit dem unerträglichen Elend des Volkes zu verhindern zu können.

Ababante:lung.

Um Wirtschaft zu legen auf die Auswüchsen haben endlich
noch kommen will.

Einde des jaars 1791 is de Alkmaarscheuningen legt ab.
Zich is eenen bestuurder heeft er vroegte schouw no-gevliet
Sekelmer was er schachter en jedemal wurde Men
und die Ausz' regemelten gehooriger den Punkt' indien
benaderd.

Das von der Regierung vorgelegte Finanzausgleichsgesetz sieht eine Verteilung Wiens von den Bereitgabenden der Bundesstaaten um 42 Millionen Stiftung vor. Schön! Wien 60 Prozent der Haushalte davon aufzuteilen, will man besonders die Verantwortlichen und deren Aufsicht der Gemeinde Wien richten. Sie von der BZG geöffnet so ungestüm dieses Rechnungswesens zu haben erfordert auch das Sinn des Finanzausgleichs zu wissen, was die Bereitgabenden geben, oder was in erprobtem Maße gezahlt durch die Gemeinewerthebung eingezogen wird.

Steuerermäßigungen erüben nur bei Tieren vor genommen, die die Fähigkeiten zu jagen haben. So wurde z. B. die Kariertragabgabe des Staates von 8 auf 6 Prozent herabgelegt. Die Einführung, die auf Grund der letzten Regelung zum Abgabentlastungsgesetz in Wien eingeführt wurde und 3,8 Millionen Schilling ergibt, läßt ausdrücklich

ir den Länden zu. Tatsache ist, daß sich die Sozialdemokratie nicht gegen die Hungerschweine des Kunders aussieht, sondern nur um den Anteil der Gemeinde Wien an diesen Zielen sich kümt. Denn sie fühlt ganz richtig, je geringer der Anteil Wiens an den freien Wasserschweinen des Kunders ist, desto mehr ist die sozialdemokratische Gemeindevertretung gezwungen, entweder ihre Ausgaben und damit ihre Pflichten einzuschränken oder aber, die Bevölkerung durch Gewaltbedrohungen in dem Maße zu belästigen, als sie vom Kunde gefordert wurde. Und gerade das wollten und können die Nationalsozialisten nicht über Herz bringen.

Der uns Kommunisten ist in diesem Kampf die einzigste... Kräfte das wichtigste. Und wir fordern, daß der Bund der Abgeordneten überhaupt bestätigt wird und daß, wie früher, den Gemeinden das Justizgesetz zu den Bundessteuern, respektive das freie Recht gewährt wird, nachdem bemessen die Einkünfte und Steuern zu beurteilen.

Die Z.B. ist in der Frage der Abgabeteilung die Sichtweise ihrer Kommission vom Jahre 1922. hätte sie nicht mehr auf die Abgabenteilung nicht eingelaufen und hätte sie den prinzipiellen Kampf um die Steuerautonomie der Gemeinden geführt, wäre die Soziallage eine ganz andere. Aber die Arbeiterschaft kann der Stand zwischen der SP und Regierung um die Abgabenteilung nur ein Unrecht sein, als gegen das Mutter- und Hungersteuersystem des Bundes, der Gemeinden und Städte auszuzeichnen. Da die Gemeinde Wien nach die Arbeiterschaft gewöhnlich mit der sozialistischen Forderung herantreten, alle bisherigen Forderungen, die die Bevölkerung hat haben, zuzugeben zu wollen und die Ausgaben für soziale Fürsorge entsprechend der gezeigten Notlage zu erhöhen. Aufzuerfordern die lädenhafte Weihnachtshilfe der Gemeinde Wien muss auf alle Arbeitlosen ausgedehnt werden. Vom Fonde und den Bürgern muss gefordert werden, dass sie den Industriegemeinden großzügige Zuflüsse zur Sicherung der Not gewähren.

Wieder ein Opfer Stalins.

Einer der alten Bolschewisten, ein Gründer der Partei Lenin, Genosse Jinsadie, ist seinem Martyrium erlegen. Es war einer der hervorragendsten Führer in Georgien, und ist von der menschheitswerten Regierung Georgiens als einer der ersten in den Kerze geworfen worden. Viele Jahre verbrachte er in zaristischen Gefängnissen und Verbannung. Genosse Jinsadie ist in der Verbannung, diesmal der salmischen, elend zugrunde gegangen. Wenn es auch Stalin gelinge, wäre die physikalische Vernichtung des alten Garde Lenins — sein schändlichster Plan, Tiefer Plan auch und wodurch scheitern am Widerstand des russischen und internationalen Proletariats.

Deutschland ist der Kampf gegen das Tertorregime Stolzen
gegen Metzger, und unschuldige Volksheiligen die oberste Pflicht
der verantwortlichen Reichsbürgers.

Waffenarbeitslosigkeit.

Alle Dezember wurden in Dexterschiff 266.911 unter-
kugige Werkloste gejährt, das ist ungefähr um 25.000
mehr als Anfang Dezember. Es gibt dennoch um 70.000
Unterküsse, also um ein Drittel, mehr als zur gleichen
Zeit im Vorjahr. Dazu kommen etwa 10.000 Arbeitsschlaf,
die keine Unterhaltung benötigen und 55.000 Altersrentner.
Somit insgesamt 370.000 Menschen, deren Arbeitskraft brach-
liegt. Wenn man sich eine größere Verschwendungs von
Produktionskraft und Wirtschaft vorstellen, als diesen Aus-
stand, der in der kapitalistischen Gesellschaft eine Bankro-
erfsanwendung geworden ist. Weg mit diesem bankrotten
System.

Was lehrt der Prozeß gegen die Schädlinge?

Xerophytes

Die Anklageakten in der Sache des Schädlingegezerrn („Industrieparcel“) sind von außerordentlicher Interesse nicht allein wegen ihrer direkten politischen Bedeutung sondern auch vom Standpunkte des Kampfes der Sozialdemokratie innerhalb der KPD. Die Opposition hatte behauptet und es auch in allen ihren Dokumenten widerholt, daß die minimalistische Einstellung der Jahre 1923-24 auf dem Gebiete der Industrialisierung und Vollstaatlichierung eine, ferner durch das Auslandstum, andererseits durch die nach innen sozialistische Bourgeoisie vermittelte der Sozialdemokratie abhanden geworden ist. Die zur Verantwortung gezogenen lettischen Sowjetspezialisten zeigen uns, welch einen glänzend und eindrucksvollen Kampf sie in der Vergangenheit für das Planungsprogramm auf dem Gebiete des Fünfjahresplanes unternommen haben. So weist Ratasin insbesondere darauf hin daß die Verlangsamung des Entwicklungstempes, die besonders deutlich in dem alten Fünfjahresplan auffiel kam zu Ende unter dem Einfluß des Schädlingegezerrn.

Die gewölkigen Vorteile der Nationalisierung von
Grund und Boden, der Produktionsmittel, der Kultur
und der zentralisierten Leitung, d. h. die Vorteile ei-
sozialistischen Revolutions haben beim alten Aufbau
nur fast leineren Überdringung erhalten, d. h. bei
Ablösung der alten bürgerlichen Eigentum, Deutschen Wirtschaf-

Das Zentralkomitee hat unsere Kritik des fünfjährigen Entwicklungsplans als parteifeindlich erklärt. Der 15. Parteitag bestätigte und als „kleingläubige“, da wir vor der angeblich unabwendbaren Verlangsamung des Tempos in der Konstruktionsperiode „erschrocken“ seien. Mit anderen Worten sollte das ZK im Laufe der Jahre 1928-1929, d. h. in der Periode der Entwicklung des Kampfes gegen die Opposition unbedingt das politische Sprecher der Spezialisten-Schädlinge dar, reich: ihrerseits bewaffnete Agenten der ausländischen Imperialisten und der russischen Emigranten-Kompradoren waren. Haben wir aber nicht schon immer behauptet, daß Stalin in seinem Kampfe gegen die linke Opposition eine soziale Versetzung der Weltkriegsgegenseite anstrebte, wenn er die proletarische Vanguarde entwaffnet? Das, was früher eine soziologische Verteilungsgemeinschaft war, das wird jetzt durch das unbestreitbare juristische Doppelmitteil der Ausflieger befehlbar.

Die Energetik bildet das Herz des Zürcher Gespanns. Vom Herzschlag hängt das Tempo des Lebens bzw. gesunder Organismus ab. Wer war es aber, der den Rhythmus des Herzens selbst bestimmte? Darauf gibt Ramssin eine genaue Antwort:

„Die Verküstung der Grundlagen der Industriepartei (Partei der Schädlinge) auf dem Wege der Übergangszeit wurde dadurch gelöscht, daß die grundlegenden Organe, welche die betreffende Frage zu entscheiden hatten, sich vollständig in den Händen der Industriepartei befanden.“

Das also waren die Leute, die den Statistischen Kampf gegen die Vertreter der angeblichen „Nebenindustrialisierung“ im Range einer Reihe von Sachen geführt haben!

Die Ergebnisse der Untersuchungen erlaubten gegen die Hypothese, dass die Stärke der Flügeltaufe abhängt von der Größe des Flügels, zu keinem einzigen Beispiel gegenüberliegenden Befundes. Es ist also nicht möglich, die Größe des Flügels auf die Stärke der Flügeltaufe einzuwirken.

Am 21. Januar 1928 wurde der Plan abgelehnt und die Baugenehmigung nicht erteilt. Obwohl die Pläne im großen und ganzen gut waren, schieden sich die Beurteilungen des Beauftragten und des Architekten deutlich voneinander ab. Der Beauftragte sah die Beurteilung des Begegnungspunktes als zu weit von der Kreuzung entfernt und als zu unpraktisch an. Er schrieb: „Die geplante Stellung des Begegnungspunktes ist nicht gut, insofern das Kreuzungsbereich sehr eng ist und es keinen Platz für den Begegnungspunkt gibt.“ Die Architekten hielten diese Pläne aber für gut und schrieben: „Klein, aber von der Zusammensetzung des Raumes her sehr Erfüllendes Ergebnis.“ Am 22. Januar 1928 habe ich jedoch keine Leidenschaft gefunden, so kann aber der sinistriden Bereich mehr Raum, wenn es darum geht, dass dieser Raum ein ehrwürdiger Raum ist.

Die e. und d. Stufen der Entwicklung sind im folgenden bei jeder Art getrennt durch die Zeit einer Trennung der aus verschiedenen Gründen entstehenden Unterschiede.

Der zweite Schritt ist die Anwendung der Methode der Zerlegungsmethode. Sie besteht darin, daß man die Methode der Zerfällung, die man in der Theorie der Wellenmechanik kennt, auf das Problem der Wirkungsfläche überträgt. Man kann dann in einer Beobachtung die Wirkungsfläche bestimmen, wenn man sie der Wirkungsfläche und in die Wirkungsfläche schreibt. Da man mit der gesuchten Wirkungsfläche das Gebiet von 10-12 Meilen nicht mehr durch eine Längenbestimmung des Troposferenstroms ermitteln konnte, so wird nur der ungeeignete Umgang mit dem Wirkungsflächenproblem gelingen, der kommt, der diese zu überwinden sucht. Es ist ganz schwer, um einen solchen Fehler zu erkennen, ist viele die Sache. Wir brauchen nicht, um die Wirkungsfläche zu erhalten eine ganz neue Methode, in Beobachtungen aber ist es völlig nachvollziehbar, daß man die vorgelegte Statistik (Statistische Planwirtschaftsbestimmung) davon trennen kann, die Zerfällungsmethode, die ihren Zweck erfüllt hat, ohne jede Schwierigkeit.

erleiteten an der Seite ihrem Abarten so fehlt von den minutenmeßstrecken zu den vorgeschafften in Tempel übergehen konnen und ohne jeden Widerstand die Verwandlung besitzt nicht übertrafen. Am häufigsten explodiert in einem Blitzjahr des plan blitzen konnten. Es ist sehr seltsam, dass es nicht wohl, dass die nachweisbare Verzerrung der einzelnen Prozesse, die eben in Beziehung ohne Voraussetzung, eine Konkurrenz der Vermehrung, dient, dass eine Disproportion erzeugen müsse und anderseits die Qualität der Verdunstung eben so kann es die Erzeugung der Pflanzenwelt in einer einzigen Stunde schon kein mögliche.

Zum ersten Mal aufgetreten ginge somit mit offizieller Statistik, dass war erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts (1928) und zum Jahre 1928 wie wir in der Weide des vorigen Jahrhunderts überzeugter sind, so dass auch in West- und Ost-Sibirien im Jahre 1928 die Statistische Zentralverwaltung unter dem Leitete des Sozialistischen Konsumentenvereins einer Delegation von Kommissaren

internationalen Kapitals handelte. Für ihren Kampf gegen diese „Führung“ wurden die Bolschewiki-Deninisten ins Gefängnis gesperrt, verbannt und sogar erschossen. Das ist die nackte Wahrheit, die keinerlei Verdrehungslüste widerlegen können!

Die Anklageakten, welche uns ein Bild der Wirtschaft der Schädlinge im Gosplan und in dem Oberste Wirtschaftsrat geben, sind in der „Pravda“ vom 11. November veröffentlicht worden. Einen Tag vorher schreibt über dasselbe Blatt in ihrem Feuilleton unter der üblich neuen Überschrift: „Schonungsloses Feuer gegen den Rechts-Linksblod“ folgendes über die „Machenschaften der Opposition“:

„Das bedeutet aber einen gewöhnlichen fraktionellen Trick: Indem man z. B. den Gosplan und die Kontrollzahlen, den Bürokratismus der Wirtschaftsorgane angreift, führt man die Attacke gegen das Kt. gegen die Parteipolitik, gegen die Parteiführung.“

Dieses Zitat erscheint völlig unglaublich. Die „Pravda“ identifiziert hier selbst eine Kritik des Gosplans der im Laufe einer Reihe von Jahren ein Spielzeug in den Händen bürgerlicher Schädlinge war — mit der Kritik am Kt. und erklärt dadurch eine solche Kritik für eine „Todsfunde“. Hat nicht vielleicht hier jemand bei der „Pravda“ einen „Trick“ versucht? Bei der nächsten Stelle werden wir aber aus einem zweiten Anklageakt erfahren, daß die Stalinischen Über-Tempel, vor denen wir rechtzeitig gewarnt hatten, von den Kompradoren-Schädlingen bestellt werden. So ist die Logik des Stalinistischen Regimes.

Der Parteitag der „Besonnenen“.

Der zwiespältige und widersprüchliche Charakter der Sozialdemokratie, die im wahrsten Sinne des Wortes — die bürgerliche Arbeiterpartei ist, kam auf ihrem diesjährigen Parteitag sinnfällig zum Ausdruck.

Seitz, der alte Jongleur, berieterte die Parteimassen auf die bevorstehende Kapitulation vor dem Enders-Schober-Magnat mit folgenden Worten vor: „Ich schaue nach England, wo man sich beschieden muß, obwohl die Partei in der Regierung ist. Ich schaue nach Deutschland, wo man wahrhaftig eine Politik machen muß, die man besonnen nennt.“

Otto Bauer formulierte mit nachfolgenden Worten die Stimmung der unzufriedenen Arbeitersassen:

„Aber auf der anderen Seite ist es meine Überzeugung, daß es gar keine größere Gefahr gäbe für die Partei, gar keine größere Gefahr vor allem für das Verhältnis der breiten, unter dem Druck der Wirtschaftskrise leidenden Massen zu ihrer Partei, als wenn sich die Partei auf jenen gefährlichen Weg hibgeben würde, wo ihr Gegensatz gegen die Faschisten ausgebeutet werden könnte zu dem Zweck: Fürchtet die starke Hand, also mußt ihr in allen wirtschaftlichen und sozialen Dingen nachgeben, damit diese Regierung sich behauptet.“

Seitz spricht offen aus, was die Sozialdemokratie tun gedenkt, während Otto Bauer mit radikalen Phrasen die Linie der Kapitulation deckt. So war es bei der Aera Stresemann und Schober, so wird es sein bei der Aera Enders-Schober. Die Politik des kleineren Nebels, die „Politik des Zusammensagens aller Kräfte“, die Politik des „Müngens gleichberechtigter Ideen, gleichberechtigter Systeme“, das ist nach Seitz das „Ideal des Regierens“ und niemals die Ause der sozialdemokratischen Politik. Seitz betrachtet das kapitalistische System und die bürgerliche Weltanschauung gleichberechtigt mit dem Wirtschaftssystem des

Sozialismus und gleichberechtigt mit der sozialistischen Weltanschauung.

Um ja nicht „bolschewistisch“ zu gelten, zitierte Otto Bauer ein Zitat von Ramsay MacDonald über das Ver sagen des Kapitalismus. Der vom Glorienschein umgebene Friedrich Uhler, Sekretär der Gov. König und Vaterland ergebenden zweiten Internationale, schwungt sich gar in folgendem Erkenntnis auf:

„Wir sind bedrückt von der Tatsache, daß in diesem Bande hunderttausende Menschen, in anderen Ländern Millionen Menschen arbeitslos sind, wir sehen unter dem Eindruck dieser Weltkrise des Kapitalismus, wie stehen die ganze, große Aufgabe so deutlich vor uns, wie vielleicht niemals früher in unserer Bewegung.“

Hier bricht er den richtig begonnenen Gedankengang ab; statt aus dieser Erkenntnis die einzige mögliche Schlussfolgerung vom Standpunkte des Marxismus zu ziehen, nämlich, die Organisierung des Kampfes zum revolutionären Sturz des Kapitalismus. Dafür berichtet er, anschließend an die zitierten Worte, daß die nächste Tagung der „Internationale“ in Wien stattfinden wird. Und die versammelte Bürokratie bricht in spontanen Brifall aus, sichlich erleichtert, „der großen Aufgabe“ durch einen Kongress der Minister- und Polizeisozialistischen Gnüge getan zu haben.

Dannach waren auch die Beschlüsse des Parteitages. In den Vordergrund wurde gestellt die Forderung:

„Plauschige Ultionen zur Eindämmung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit im Einvernehmen mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften.“

Den bankrotten Kapitalismus mit kapitalistischen Mitteln wieder auf die Beine zu helfen, wobei die Sozialdemokratie darauf besteht, daß ihre Vorschläge mit denen der bürgerlichen Parteien jeweils nach dem Besten berücksichtigt werden, das ist der Sinn der zitierten Forderung. Das heißt mit anderen Worten, daß diese für die Überwindung der Krise auf dem Boden und mit den Mitteln der kapitalistischen Wirtschaftspolitik: Weiterreibung der Nationalisierung, Fortsetzung der Lohnsklaverei bei Hungerlöhnen, Sanierung auf Kosten der Werktagigen. Nicht Kampf diesem morschen System, sondern Rettungsdienst; nicht Sturz des historisch überholten Kapitalismus, sondern Wiederauflebung; nicht Kampf dem bürgerlichen Staat, der das Proletariat vergewaltigt und mit dem Faschismus bedroht, sondern Versöhnung der Arbeiterklasse mit seinem Kerler, dem bürgerlichen Staat; das ist das Ziel, das ist die historische Rolle der Sozialdemokratie. Sollt die Krise des Kapitalismus auszunützen, um seine ökonomische Dominanz den proletarischen und kleinenbürgerlichen Massen aufzuzeigen und sie vom unvermeidlich gewordenen Endkampf um den Sozialismus, als die einzige Rettung vor dem Untergang in die Barbarei, zu überzeugen. Sollt die Sozialdemokratie (und die unter ihrer Führung stehenden Gewerkschaften) ihre ganze Kraft und ihren Einfluß auf die Werktagen, in den Dienst der kapitalistischen Wirtschaft.

Die Sozialdemokratie, die Partei der Reformen, vermag nicht einmal mehr für Reformen den Kampf zu führen. Denn selbst der Kampf um Reformen ist im Zeitalter des absterbenden Kapitalismus eine revolutionäre Bedrohung. Sofern aber dieser Parteitag seine Stellung zur Regierung Enders-Schober von einer Reihe sozialpolitischer Forderungen abhängig macht, respektive vom Kampfe zur Befriedigung der beobachteten sozialpolitischen Rechte der Arbeiterschaft spricht, muß die Arbeiterschaft von den Betrieben und Stempelstellen aus, ihre Führer beim Wort nehmen, und über ihre Köpfe hinweg zum Kampfe entschlossen sein.

Was ist mit der Weihnachtshaushilfe der Gemeinde Graz?

Alljährlich bewilligte die Gemeinde Graz den Arbeitslosen kostenlose Kohle und Lebensmittel. Heuer, wo die Not doch nach der Auffassung des „Arbeitermiles“ am größten ist, ist die Gemeinde taub und blind gegenüber den Arbeitslosen und Ausgesteuerten.

Ginge es nur darum, einen bürgerlichen Wunsch zu unterstützen, da wäre der Gemeindefüdel sofort offen. Die Arbeitslosen dürfen der Gemeinde nicht erlauben, sich um ihre Pflicht zu drücken. Es gilt sofort eine Deputation der Arbeitslosen zum Bürgermeister zu entsenden, welche

folgende Mindestforderungen zu überreichen und deren Erfüllung zu fordern hat. Unentgeltlich Ausgabe von Kohlen an die Arbeitslosen, 100 Kilogramm für Ledige, 200 Kilogramm für Familienerhalter; ebenso ausreichende Lebensmittelportionen, deren Wert nach der Anzahl der Kinder zu staffeln ist. Ferner muss für die Schaffung Obdachlosenheime und dauernde Verstärkung der Ausgesteuerten und deren Familien auf Gemeinde- und Landeskosten eingerichtet werden.

Was uns Arbeiter schreiben.

Unterstützungsauftrag.

Dem Maurer Alois Echert in Moskirchen 25 (Bezirk Voitsberg) wurde auf 8 Wochen die Unterstützung entzogen, weil er eine Arbeit beim Bahnhofsbau nicht annehmen konnte, da er sein Quartier bekommen konnte. Echert hat eine sechsköpfige Familie und ist der bittersten Not preisgegeben. Alle seine bisherigen Bemühungen, zu seinem Recht zu gelangen, blieben erfolglos.

Der Arbeitslose Jöchl, Grundnummer 11085, wurde trotzdem sie im vergangenen Jahre 27 Arbeitswochen nachweisen konnte, die Unterstützung von der IMA Graz entzogen. Als Begründung führt die IMA an, daß die „besonders gesetzliche Notlage“ nicht gegeben sei, da ihr Sohn einen Bruttoverdienst von S. 36,- pro Woche hat.

Das sind nur drei von vielen hunderten Fällen, wo mit dem Leben des Proletariats gewürfelt wird. Wie lange noch?

Ein Arbeiterfeind von Graz.

Herr Viktor Grüntel, Käfernstraße 3, strammer christlichsozialer Parteimann, nimmt es mit den Lehren Christi: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ nicht ernst. Dieser Herr zwingt seine Haushälfte, täglich 15 Stunden und noch mehr zu arbeiten. Die Behandlung, die ihr zuteilt wird, sieht sie unter der Behandlung von Menschen, die wir aus der Sklaverei kennen. Ausgang gab es überhaupt keinen. Der Magd wurde dieser Sklaverel zu dumm und sie kündigte. Diese Arme mußte zum Gewerbegegericht gehen, um ihren blutig verdienten Lohn zu bekommen.

Wir raten diesem Herrn, sein: Umgangsformen gegenüber Arbeitern zu ändern, ansonsten ihm die Arbeit auf proletarische Weise Umgang mit Menschen beibringen werden. Ein Tschlerghilfe.

Die zwei Monate Streit sollen nicht gerechnet werden.

Bei der Lederfabrik „Bieber“ hat der Abbau in großem Maße, jetzt vor den Weihnachten, eingesetzt. Die

Arbeiter, die ihren 14-tägigen Urlaub fordern, verweist Herr Bieber auf den zweimonatlichen Streik im Jahre 1926, und betrachtet die Zeit vom 11. 10. 1926 bis 11. 12. 1926 als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Die Lederarbeiter standen aber auf ihrem Recht und gingen zum Gewerbegegericht.

„Bieber“ begründet seine Haltung damit, daß die Gewerkschaftsvertreter bei Streikabschluß auf die Einreichung der 2 Monate in das Arbeitsverhältnis verzichten hätten. Sollte das nicht so sein, dann werden die Lederarbeiter zu ihrem Rechte kommen. Ist dagegen die Umgabe Biebers richtig, so müssen die Lederarbeiter ihre Vertreter, die hinter ihrem Rücken eine derartige Schandtat begangen haben, zur Verantwortung ziehn und fordern, daß die Gewerkschaft ihnen den Schaden ersetzt, den sie durch die Nichtanerkenntnung der 14-tägigen Urlaubserledigung erleidet.

Auch die Streikbrecher kommen an die Reihe.

Im Jahre 1926 streikten die Arbeiter der Lederbranche in Graz. Der Streik dauerte vollauf 2 Monate. Es gab auch bei diesem Streik Unternährungsbedürftige, Streikbrecher, die ihren Arbeitskollegen in den Rücken stießen. Viele wurden von der Polizei zu der Arbeitsstätte begleitet. Auch eine gewisse „Murat“ war zur Streikbrecherin geworden und bekam für ihre Streikbrechertaten im Betrieb der Lederfabrik Bieber eine Wohnung.

Seit diesem Streik sind 4 Jahre verflossen, es kam das Jahr 1930 und der Herr Unternehmer hat auch auf seine Lieblinge vergessen; auch die „Murat“ wurde entlassen, wie ein jeder, der ein ausdräcklicher Klassenbewußter Kämpfer blieb. Um das Prostes willen nimmt der Unternehmer auch bei Streikbrechern keine Rücksicht. Diese Arbeiterin hatte den 14-tägigen Urlaub erreicht und das ist der eigentliche Grund der Entlassung. Alle, die 1926 den Lederarbeitern in den Rücken gefallen sind, sollen daraus die Lehre ziehen. Ein Lederarbeiter.

Eisenbahner und Bundesheer.

Seit charakterisierte den Abgang der Regierung Baumgart mit folgenden Worten:

„Und wenn die Herren gesagt haben: wir haben die Macht und wir werden sie nie mehr preisgeben, so sieht man sie heute in ihrer Ohnmacht, in ihrer Richtigkeit; man ist über sie zur Tagesordnung übergegangen.“

Das hat der prominenteste Repräsentant der SP am Partitag erklärt und am selben Partitag wurden

seine Ausführungen widerlegt, und als eines der vielen Vertragsmandate entlarvt. Strandth, der Führer des Militärverbandes, der ansonst ein treuer Diener des Reformismus ist, mußte folgende Geständnisse machen:

„Es ist kein Zufall, daß der Bundeskanzler Ende in seiner Antrittsrede zwar auf wirtschaftlichem Gebiete keine einzige Reform positiv zu nennen wußte, daß er aber positiv zu nennen wußte die Reform, die bei den Bundesbahnen beachtigt ist, die Heeresreform, die Reform der öffentlichen Verwaltung... Man ist heute im Heeresamt eifrig

an der Arbeit, die Herrschaft auszubauen.

Die Reform, die sie wollen, ist nichts anderes als die völlige Verdrängung der Arbeiterschaft aus dem Staat. Sie wollen vor allem die Parlamentskommission besiegen, und es liegt ein Antrag der Gewerkschaft zur Herrschaftsreform vor, der nicht mehr und nicht weniger will, als daß aus dem Ende der Soldaten das Wort „Republik“ ausgetragen werde, daß die Soldaten in Zukunft statt auf die Republik auf ein nechtes „Vaterland“ vereidigt werden. Wir sind für das Bürgerium noch immer der innere Feind. Darum wäre es verschlecht, wenn jetzt die Partei allzuviel vom Frieden mit dem Bürgerium erwartete.“ (Weißfuss)

Dieser Mann verlangt keineswegs nicht den Kampf gegen die Bourgeoisie, aber sein simpler Verstand sagt ihm, daß der Schwund mit der Ohnmacht und Nichtigkeit der Baugoin und Straßella, mit dem Systemwechsel und der Überwindung des Faschismus wie Eilenburgs Erneuerung lauter, allzu krach im Widerspruch mit den Tatsachen steht.

Auf dem Verbandsstag der Eisenbahner donnerten die Bonzen wieder dieselben Krafstreben in die Welt, wie sie es anläßlich der Versetzungswiederholung und des Antikriegsgesetzes zur Täuschung der Arbeiterschaft taten.

Die Eisenbahner sind den unerhörtesten Schikanen ausgesetzt. Auf Grund des Antiterrorgesetzes verbietet man ihnen die Einsäffierung der Gewerkschaftsbeiträge in den Betriebsräumen der Bundesbahn. Jede Verteilung von Beiträgen, Zeitschriften auf dem Gelände der Bundesbahnen ist verboten. Um unerhörtesten tritt es die Alpine bei der Graz-Köflacher Bahn. Willkürlicher Abbau, Reglementierung jeder Personalvertretung und Entzug entscheidender Bestandteile des Monatseinkommens sind auf der Tagesordnung.

König verstandete, daß die Organisation eine Reihe von Prozessen gegen das Straßellashystem führe. Mit dem bürgerlichen Gerichte läßt sich der Straßellastatus nicht brechen. Noch immer sind die gesetzwidrig sihierten Personalvertretungswahlen nicht ausgeschrieben worden, im Gegenteil, das Terrorregime der Herrschertriebe soll seine Triumphe auch bei der Bundesbahn feiern.

Im Verordnungswege entzieht die Generaldirektion den Eisenbahnen den 13. Monatsgehalt. Die Bundesbahnen weisen ein namhaftes Defizit auf. Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft macht nicht halt vor den Eisenbahnen, die, geführt von der Sozialdemokratie, sich der Illusion hingeben, ihre soziale Frage sei durch einige Vorteile gegenüber der übrigen Arbeiterschaft schon gelöst. Aber gerade die Pläne der Regierung bezüglich der „Reform“ beim Bundesheer und den Bundesbahnen beweisen, wie trügerisch die Haltung der Seitz, Rennert und Bauer ist. Das Proletariat muß sich auf der ganzen Front mit allen Mitteln des Klassenkampfes zur Wehr setzen.

Leset die Broschüre:

„Die permanente Revolution“

von Leo Trotski

zu beziehen durch den Verlag

„Die Aktion“

in Berlin.

Deutschland am Vorabend entscheidender Kämpfe.

Aus einem uns zugegangenen Bericht.

In den 3 Monaten, die seit den Reichstagswahlen vergangen sind, hat sich die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems in Deutschland in einem bisher noch nicht dagewesenen Tempo zugespitzt.

Nach dem Zusammenbruch des Berliner Metallarbeiterstreiks hat die Kapitaloffensive in allen Industriegebieten mit verstärkter Wucht eingesetzt. Gleichzeitig hat die weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage zu einer Stilllegung neuer Industrien geführt, ist die Zahl der Arbeitslosen auf mehr als 3.5 Millionen angewachsen. Gegenwärtig sind mehr als ein Sechstel der Arbeiter und Unbesetzten arbeitslos und die tägliche Zunahme beträgt schätzungsweise 15-17.000. Die Produktionskapazität der deutschen Industrie wird gegenwärtig nur zu 50 Prozent ausgenutzt, der Verlust an Arbeitseinkommen wird von dem Institut für Konjunkturorschung für 1930 mit 4 Milliarden Mark berechnet. Gleichzeitig zeigen die Finanzen der wichtigsten deutschen Industrieunternehmen, sowohl in der chemischen Industrie als auch in der Schwerindustrie, vor allem aber das Bankkapital eine Steigerung der Gewinne, trotz sinkender Produktion. Die steigende Spannung zwischen den sinkenden Rohstoffpreisen am Weltmarkt und den relativ hoch gebliebenen Preisen der Industrie wird zu einem der wichtigsten Momente für die gestiegerte Kapitalbildung.

Der Versuch des Diktaturregimes Brünings, das sich politisch auf die stille Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokratie stützt und nur von einem Teil des deutschen Finanzkapitals, von dem größten Teil des Handels, aber nur von wenigen Teilen der Schwerindustrie gestützt wird, durch eine Preisabschaffung eine gewisse Verhinderung der Massen herbeizuführen, ist im ersten Anlauf an dem entschiedenen Widerstand der Monopolverbände gescheitert. Der Erfolg dieser Aktion ist einzlig, daß sich die Kleinhandels- und Unterbetreibenden, deren Zwischengewinn zum Hauptobjekt der Aktion wurde, in noch schnellerem Tempo als bisher dem Faschismus in die Arme werfen.

Das Tempo des faschistischen Wachstums hat sich weiter verstärkt. Eine ganze Reihe von Wahlen seit dem 14. September gibt darüber alarmierende Ausschläge. So zeigen die im November stattgefundenen Wahlen in Mecklenburg, Waden, Bremen usw. folgendes Bild, während die allgemeine Wahlbereitschaft gegenüber den Reichstagswahlen zurückgeht — zum Teil sogar sehr stark — stieg die Aktivität der faschistischen Massen außerordentlich. Ihre Stimmenzahlen sind seit den Reichstagswahlen um ca. 30 Prozent gestiegen, in manchen Gebieten um 50 Prozent, in der Stadt Bremen haben sie sich seit dem 14. September verdoppelt (50.000 gegen 26.000).

Die allgemeine Gärung in den Massen wächst unabänderlich; aber sie kommt in steigendem Maße dem Faschismus zugute. Der Umgruppierungsprozeß der Massen vom reformistischen Flügel zum kommunistischen, der trotz

der Politik des Zentriismus nach der Errichtung des Diktaturregimes (18. Juli) einzog, ist vorläufig zum Stillstand gekommen. Der Höhepunkt dieses Prozesses war Mitte Oktober, zur Zeit des Berliner Metallarbeiterstreiks, an dem sich 130.000, obgleich die Mehrheit unorganisiert war und daher keinerlei Unterstützungen erhielt, bereitstellten. Die verhängnisvolle Niederlage der Berliner Metallarbeiter wirkt sich jetzt in ganz Deutschland aus. Millionen Arbeiter hatten wie fasziniert auf diesen Streik geblieben von dem unsere Parteiführung von Anfang an erklärt hat, er siehe unter ihrer Führung. Durch diese Täuschung hat die Parteiführung unabsehbare Verheerungen angerichtet, da die Massen im Verlaufe dieses Streiks von Tag zu Tag deutlicher sehen mußten, wie ohnmächtig diese „Führung der MGL“ gegenüber dem verräderischen Spiel des Reformismus war.

Die Aktionskraft, der Aktionssadius der Partei wächst nicht weiter. Wohl ist eine große kommunistische Strömung in den Massen sichtbar, aber das Vertrauen zur Partei wächst nicht. Die Erfolglosigkeit der Politik des Zentriismus wirkt sich naturgemäß zerstörend innerhalb der Partei selbst aus. Ein großer Teil der Parteidchers, insbesondere der Jugend, verzweifelt angesichts der Teilnahmeliqkeit der Massen gegenüber den Aktionslösungen der Partei, die einzige Lösung ist: „Deraus auf die Straße!“ Gegenwärtig finden täglich Demonstrationen statt, manchmal sogar eine vormittags und eine abends an der Möglichkeit, die Massen zu gewinnen. Auf dem Boden dieser Verzweiflung wächst der Zug zum Abenteuerlum, den die Parteiführung planmäßig hochzieht.

Wie groß die objektiven Möglichkeiten für einen gigantischen revolutionären Aufschwung in Deutschland sind, wie gewaltig die Stoßkraft der Partei sein könnte, davon zeugt auf der anderen Seite die tiefe und zunehmende Gärung in den Reihen der reformistischen Arbeiter, sowohl in den Gewerkschaften, als auch in der SPD. und der Soz. Jugend. Die Erbitterung darüber, daß die Sozialdemokratie bedingungslos die Brüning-Politik unterstützt, nimmt gewaltiges Ausmaß an. Die Erregung über den Schiedsvertrag gegen die Berliner Metallarbeiter, der einstimmig, d. h. mit der Stimme des SPD-Delegierten, Professor Slezheimer, gefaßt wurde, ist noch im weiteren Anwachsen. In Berliner, Breslauer und anderen SPD-Organisationen werden Abschlußanträge gegen Singheimer angenommen.

Die Gärung in der SPD. wächst elementar heran und sie vollzieht sich bei gleichzeitigem Bankrott der „linken“ SPD-Führer. Gerade die geschwätzigen Linken vom Schlag der armelangen Seydelwitz erwiesen sich jetzt als jämmerliche Hampelmänner, die keinen Ausweg sehen und vor die Frage gestellt, außerparlamentarische Aktionen zu organisieren und der Brüning-Politik der Hilsdorff, Wels und Breitschmid Widerstand entgegenzustellen, in allen Punkten kapitulieren. Die „Linken“ stehen nicht an der Spitze der elementaren Bewegung in der SPD. und in den Gewerkschaften, sondern an ihrem Schwanz, wie gelähmt von der Furcht, die rebellierenden Parteimassen könnten spontan da und dort den Kampf aufnehmen. Die letzte Weisheit der Rechten ist auch der lezte Hoffnungsstrahl dieser Mitter von

der traurigen Gestalt: die Polizei des Herrn Severing. Die 2. Internationale, von Vandervelde bis Otto Bauer, sie alle, die um die deutsche Bourgeoisrepublik zittern, sie haben keinen Funken Hoffnung auf die Massenkraft des Proletariats, sondern sie blicken angstvoll auf die preußische Schutzpolizei, von der sie Rettung in höchster Not erwarten.

Eine Wendung in der Politik der Partei, ein offener Verzicht auf ihre bisherige Linie, der Übergang zur Anwendung einer großangelegten Einheitsfrontaktion, das könnte der ganzen Lage in Deutschland innerhalb sehr kurzer Zeit eine grundlegende Wendung geben.

Man muß den Gefahren, vor denen die deutsche Partei, die deutsche Revolution und die gesamte deutsche Arbeiterschwung steht, offen aussprechen — nur so kann man die Voraussetzungen für eine wirkliche Wendung schaffen, kann man verhindern, daß die Partei in die Katastrophe geführt wird.

Aufstand in Spanien.

Spaniens Militärregime und Bourgeoisieherrschaft steht auf einem Vulkan. Noch waren die Wellen des letzten Generalstreiks nicht abgedampft, als sich schon eine neue soziale Flut der Empörung, diesmal aus dem Lager des republikanisch gesinnten Militärs, erhob. In ganz Spanien flackerte der Generalstreik wieder auf und in den verschiedenen Städten kam es zu heftigen Kämpfen mit den Regierungstruppen. Im ganzen Lande finden Massenverhaftungen statt. Zweit Führer des Aufstandes wurden erschossen, was große Erbitterung in der Bevölkerung hervorrief. Das Ministerium des Innern erklärt, es handelt sich um eine Bewegung revolutionär-kommunistischen Charakters. Die Regierung ist, nach den spärlichen Meldungen, die wegen der Zensur und des Belagerungszustandes durchdringen, zu schließen, in einer gefährlichen Lage. Wie immer die Ergebnisse ihren Lauf nehmen, die Aussichten der bürgerlichen Revolution vermag nur das Proletariat im Zuge der proletarischen Revolution zu erfüllen.

Zum Nachdenken!

Aus der Broschüre Trotzki: „Die österreichische Krise“.

Die bürgerlichen Parteien Österreichs haben ihre Eigenheiten um so leichter verloren, als sie alle an den Lippen des angloamerikanischen He zu hängen. Trotzdem die Sozialdemokratie in Wirklichkeit die Rolle spielt, ist sie gewonnen, dem Block der bürgerlichen Parteien gegenüber sitzt. Nur die „oppositionelle Partei“ klaut es ihr, die Bourgeoisie zu retten. Weichartige Prozesse und Erscheinungen gab es auch in Deutschland. Sie bündigten außerdemlich die Erhaltung der Selbständigkeit der deutschen Sozialdemokratie. Aber im Zusammenhang mit der viel größeren Macht und Selbständigkeit der deutschen Bourgeoisie, mußte sich die deutsche Sozialdemokratie ihrer Bourgeoisie viel offener und sicherer anpassen, mit ihr Blödschlissen und die unmittelbare Erantwortung für sie vor den Arbeiternäher über-

nehmen. Dieser Umstand schuf für die kommunistische Partei Entwicklungsmöglichkeiten.

Der Faschismus ist ein geleglicher Grab der sozialen Demokratie der Niedergangspoth. Die Privativen der Demokratie im Österreich sind besonders hart, so abfurchtlos geblieben. Der Sozialdemokratie fehlen nur einige Prozente zur Majorität. Trotzdem kann man sagen und es ist kein Paradoxon, sondern die reale Wahrheit — daß das politische Gleichgewicht der Sozialdemokratie sich nicht auf die 43 Prozent stützt, über die sie verfügt, sondern auf die 7 Prozent, die ihr fehlen, um die Macht zu übernehmen. Die Pfeiler des Kapitalismus würden nicht wanken, wenn die Sozialdemokratie auch die Mehrheit bekommen würde. Aber eine solche Erweiterung ist gar nicht garantierbar. Es ist ein Idiotismus, zu glauben, daß alle Fragen durch Propaganda gelöst werden können. Wenn man davon ausgeht, daß das Leben in Österreich sich auch weiter im Rahmen der Demokratie bewegen wird, so gibt es ganz keine Gründe, anzuschreuen, daß die österreichische Sozialdemokratie in den folgenden 25 oder 50 Jahren unbedingt die Mehrheit bekommen wird. Das wirtschaftliche Leben aller kapitalistischen, europäischen Staaten ist gewaltig bedroht durch die Vereinigten Staaten und andere überseelische Länder. Die wirtschaftliche Fäulnis Österreichs, die gerade bei der Perspektive einer friedlichen Entwicklung unabsehbarlich ist, würde der Sozialdemokratie eher ein Minus als ein Plus an Stimmen bringen. Es ergibt sich also nach der Logik der Demokratie, daß, obwohl die weitere Herrschaft der Bourgeoisie die Bevölkerung zur Fäulnis und Kulturrelle; Versiegung verurteilt, obwohl die erdrückende Mehrheit des Proletariats dieses Alters der Nation, bereit ist, den Übergang zum Sozialismus zu vollziehen, ist dieser Übergang unzulängig, weil einige Prozente der Wähler, die rücksichtlichsten, die zurückhaltendsten aber die am meisten zerstörerischen Elemente sich abschafft vom Kampfe halten, in völliger Fünsternis vegetieren und im entscheidenden Augenblick bereit sind, ihre Feinden und Häute dem Faschismus anzubieten.

Österreich stellt einen kleinen Körper mit einem großen Kopf dar. Die Hauptstadt befindet sich in den Händen der Sozialdemokratie, die indes im Parlament weniger als die Hälfte der Mandate inne hat (43 Prozent). Dieses labile Gleichgewicht, das sich nur dank der konserватiven, verschlündlichen Politik der Sozialdemokratie hält, erleichtert die Siedlung des Austromarxismus ungemein. Was er im Gemeinderat macht, genügt, um ihn von den bürgerlichen Partien zu unterscheiden. Und, was er unternimmt, — das heißt das allerwichtigste — kann er immer als Schuld eben dieser bürgerlichen Partien hinstellen. Während der Austromarxismus die Bourgeoisie in Artikeln und Reden bloßstellt, benötigt er, wie schon

sagte, sehr geschickt die internationale Abhängigkeit Österreichs, um zu verhindern, daß die Arbeiterschaft gegen die Klassenfeinde eckeln. „In Wien sind wir stark, aber im Lande sind wir auch schwach. Aufs Land gibt es noch keinen über uns. Wir müssen unterhalb der Demokratie und die Positionen aufrecht erhalten und... warten.“ Das ist die wichtigste Idee der austromarxistischen Politik. Dies alles geht vom Austromarxismus bis jetzt die Möglichkeit, den „Märzen“ ähnlich, in der zweiten Internationale zu wiederholen und seine Politik gegenüber der Kommunistischen Partei, die dazu noch Rechte auf Rechte hält, zu bewahren.

Die österreichische Sozialdemokratie hat der Genteile gehorcht, mit der ungarnischen Revolutionskrieger zu werden, sie hat ihre eigenen Bourgeoisie geholt, die Krise nach dem Krieg zu überwinden und sie schafft für das markante Bourgeoisie ein demokratisches Amt. Auf diese Weise kann sie in die ganze Nachkriegsperiode die wichtige Rolle für die Verschärfung der Bourgeoisie über die Arbeiterschaft.

Aber diese Basis ist eine selbständige Organisation, mit einer schlechten Bürokratie und Arbeiterschaft, die ihre eigenen Interessen und eigene Ansprüche haben. Diese Bürokratie, deren Ideen, Gewohnheiten und Lebensweise ganz und gar kleinbürgerlich sind, schlagen sich bestimmt auf die Arbeiterschaft und behindern unter ständiger Drohung ihrer Unzufriedenheit. Dieser Umstand ist die wichtigste Quelle für Konflikte und Reibungen zwischen der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie, das heißt zwischen dem Herren und dem Knecht.

Wahlkundbanknoten.

Minenz: Sch. 11.80. Parzel gesammelt Sch. 20.—, R. R. —20. —40. —20. —20. —18. —30. —30. —40. —20. Hirschungl. —30. Horwath —50. Lenz —30. Krafer —38. Großbauer 3.—, 2.—, Greiner —20. Dettner —10. Berger —40. Griesbauer —30. Neubauer —20. Riedl 1.—, Meissendorfher. —20. Krafer —20. Lenz —30. Pollak —20. Griesbauer —50. Hode —20. Polmer —50. Waller —38. Großb. 2.—, Griesbauer —70. Horwath —50. Krafer —35. Lenz —30. ein Wiener Grosste Sch. 3.—.
Wahlkund-Nachtrag: Sch. 28.80.

Drei Ruppen je 10 Scheine und kostet 15 Groschen, für kleine Miete 12 Groschen.

Treif aus, aus der Heimwehrkirche!

VERBREITET ÜBERALL

DEN

MAHN RUF

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, 5. Bez., Gartengasse 1. — Im Auftrag der Kommunistischen Opposition Österreichs (Kleine Kommunisten): Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Rosengasse 24. — Druck: „Moris“, Wien, 2. Bez., Teufelsstraße 52 b.